

Beamtinnen und Beamte des Bundes

Alle Jahre wieder: Überhaupt keine Signale für eine faire und wettbewerbsfähige Erhöhung der Besoldung



1. Verhandlungsrunde am 25. Januar 2023 in Potsdam

Unnötige Rituale: Außer Spesen nichts gewesen!

Erwartungsgemäß haben die Arbeitgeber von Bund und Kommunen für die dem Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes unterliegenden Beschäftigten in der 1. Verhandlungsrunde am 24.01.2023 weder ein Angebot vorgelegt noch belastbaren Aussagen oder klare Positionen aufgezeigt.

Auch für den Bundesbereich keinerlei sinnvolle Hinweise!

Bundesinnenministerin Nancy Faeser nimmt bei der aktuellen Einkommensrunde eine Doppelfunktion ein. Sie ist als Vertreterin des Bundes sowohl Arbeitgeberin als auch Dienstherrin für die Beamtinnen und Beamten.

Entgegen ihrer bei der Frühjahrstagung des dbb im Januar 2023 getätigten Aussage, sie wolle eine faire und wettbewerbsfähige Bezahlung realisieren, gab es bei der ersten Verhandlungsrunde überhaupt keine Signale. Dabei haben Beamtinnen und Beamte aus der Verfassung einen Anspruch auf Teilhabe an der allgemeinen finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung - und damit im Besonderen mindestens auf einen tatsächlichen Ausgleich der extrem gestiegenen Lebenshaltungskosten.

„Dass die Bundesinnenministerin keinen fertigen Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für ihre Beamtinnen und Beamten mitbringt, war jedem klar. Jedoch wäre mindestens die Vorlage eines Angebots für eine schnelle Beseitigung von realen Einkommensverlusten in Form einer deutlichen Linearanpassung ein absolut wichtiges und wertschätzendes Signal gewesen,“ resümiert der Zweite Vorsitzende, Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb Friedhelm Schäfer.

**dbb:
wir.
für euch.**

für Beamtinnen
und Beamte

dbb aktuell

dbb
beamtenbund
und tarifunion

Herausgeber:
dbb beamtenbund
und tarifunion
Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Verantwortlich:
Friedhelm Schäfer
Fachvorstand
Beamtenpolitik

Redaktionell:
Geschäftsbereich Beamte
Beamte@dbb.de

Fotos:
Friedhelm Windmüller

Alle Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten müssen daher ihre Ansprüche auf Teilhabe an der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2023 – ebenso wie ihre Forderung auf Rückführung der einseitig belastenden 41 Stunden Woche – klar und unmissverständlich zum Ausdruck bringen. Daher sind Sie ganz besonders vor der zweiten und dritten Verhandlungsrunde aufgefordert, ihre berechtigten Anliegen gegenüber Ihren Dienstherren bei den vom dbb und seinen Bundesbeamten-gewerkschaften organisierten Beamtenkundgebungen lautstark und eindringlich geltend zu machen. Über die Rechte und Pflichten der Beamten in Einkommensrunden informiert der dbb-Flyer „Beamte und Streik“.

Mitglied werden – Wir für Euch!

Weitere Informationen für Beamtinnen und Beamte finden Sie auf der Homepage des dbb beamtenbund und tarifunion unter: www.dbb.de/beamtinnen-beamte



für Beamtinnen
und Beamte

dbb aktuell